Nr. 101. — Zweites Blatt.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, 1. März 1894.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Deutschland.

Berlin, 1. März. Die endgültigen Entschließungen für die Reise der Kaiserfamilie nach Abbazia sind nunmehr getroffen. Die Kaiserin wird mit den Kindern am 8. d. nach Abbazia abreisen. Der Kaiser folgt in etwa acht Tagen derselben nach. Die Dauer des Aufenthalts der Kaiserin ist auf vier bis fünf Wochen angesetzt. Ueber die Dauer des Aufenthalts vom Kaiser ist noch nichts Bestimmtes festgesetzt. Ueber die Reise der Kaiserin wird dem „B. A." noch geschrieben:

„Der Entschluß der Kaiserin, mit ihren Kindern einen längeren Aufenthalt in Abbazia zu nehmen, ist nicht etwa auf ein Leiden der erlauchten Frau zurückzuführen, das eine Badekur nothwendig machen würde. Vielmehr ist der Gesundheitszustand der Kaiserin ein durchaus erfreulicher. Immerhin aber läßt der Hinweis auf die Thatsache, daß die hohe Frau Mutter von sieben Kindern ist und ihre Pflichten als solche mit hingebender Treue erfüllt, es begreiflich erscheinen, daß sie zeitweilig Erholung sucht. Auch für das Befinden der prächtig gedeihenden kaiserlichen Kinder empfahl sich die Wahl dieses Ortes. Das Schloß in Berlin, mitten im lebhaftesten Theil der Stadt belegen, entbehrt bekanntlich eines Gartens, so daß die Prinzen, wenn sie sich im Freien tummeln sollen, erst zu Wagen in das entfernte Schloß Bellevue gebracht werden müssen. Während des Sommeraufenthalts im Neuen Palais in Potsdam fällt dieser Uebelstand allerdings fort, und das kaiserliche Hoflager daselbst wird aus eben diesem Grunde immer bis in den Winter hinein ausgedehnt. Aber auch so erscheint eine Luftveränderung für die kaiserlichen Kinder zum mindesten wünschenswerth."

— Einer Meldung aus Emden entnimmt die „Nordd. Allg. Ztg.", daß der Regierungspräsident Graf Konstantin zu Stolberg-Wernigerode zu Aurich in gleicher Eigenschaft nach Magdeburg versetzt worden sei. Diese Versetzung würde den Rücktritt des gegenwärtigen Regierungspräsidenten von Diest zur Voraussetzung haben. Wenn es auch vor längerer Zeit einmal hieß, Herr v. Diest beabsichtige in den Ruhestand zu treten, so ist doch seitdem nichts mehr bekannt geworden, was auf die Absicht hindeutete. Graf Stolberg-Wernigerode, ein Sohn des früheren kommandirenden Generals des 8. Armeekorps, Generals der Kavallerie z. D. Graf Wilhelm zu Stolberg-Wernigerode, war früher Offizier und wird noch jetzt als Major à la suite der Armee geführt. Er wurde später Landrath des Kreises Sonnenburg, in dem er angesessen ist, darauf Polizeidirektor in Stettin und nach wenigen Jahren Regierungspräsident in Aurich.

— Der frühere national-liberale Reichstagsabgeordnete Geheime Bergrath Pfähler ist in Wiesbaden gestorben. Derselbe gehörte dem Reichstage als Vertreter des Wahlkreises Trier-Saarbrücken von 1876 bis 1893 an. Er war am 16. Dezember 1821 in Kreuznach geboren. Nachdem er die Universität Berlin und die Bergakademie in Freiberg besucht hatte, wurde er 1858 Bergreferendar in Dortmund, 1860 Bergmeister in Saarbrücken und später Bergwerksdirektor und Geh. Bergrath in Sulzbach. Am 1. April 1885 zog sich Pfähler in den Ruhestand zurück.

— Die Budgetkommission des Reichstags hat an dem Etat für die Verwaltung des Reichsheeres, wie der soeben erschienene Kommissionsbericht ergiebt, insgesammt 10901800 Mark gestrichen. Davon entfallen 2516500 Mark auf die fortdauernden Ausgaben und zwar 1842631 Mark auf die Viktualienverpflegung, 55576 Mark auf die Naturalverpflegung und 618893 Mark auf die Garnison- und Servisverwaltung. Bei den einmaligen ordentlichen Ausgaben sind 2369400 Mark abgesetzt worden. Damit ist namentlich der Neubau verschiedener Kasernen, Exerzierhäuser, Magazingebäude u. s. w. abgelehnt worden. Auch die Forderung der ersten Rate für die evangelische Garnisonkirche in Breslau, sowie die für die Aufstellung eines Versuchs auf einem Remontedepot, die Remonten erst im Herbst an die Truppen abzugeben, sind gestrichen. Die Absetzung vom außerordentlichen Etat beläuft sich auf 6015700 Mark. Der Hauptbetrag dieser Summe bezog sich im Etat auf die Beschaffungen für artilleristische Zwecke. Die Position für die Beschaffung von Handwaffen ist allerdings auch um 1,5 Millionen ermäßigt worden.

— Unter der Ueberschrift „Bekämpfung der Sozialdemokratie durch die Schule" theilt die ultramontane „Schles. Volksztg." mit, schon am 5. April 1890 habe die Breslauer Regierung in einem an die Kreisschulinspektoren erlassenen Rundschreiben auf das Anwachsen der sozialistischen Bestrebungen hingewiesen. Es solle die erziehliche Bestimmung der Schule in den Vordergrund gestellt werden; ferner wurde auf die Wichtigkeit des Religionsunterrichts hingewiesen. Im Einzelnen wurde dann noch die Pflege des kirchlichen und weltlichen Liedes und die würdige Gestaltung des gemeinsamen Schulgebets empfohlen. Diese Verfügung wurde neuerdings nochmals in Erinnerung gebracht und den Kreisschulinspektoren dringend an das Herz gelegt, für sorgfältige und genaue Beachtung derselben eifrig Sorge zu tragen:

„Eine direkte Bekämpfung der sozialistischen Bewegung im Unterrichte dürfe allerdings nicht als Aufgabe der Schule angesehen werden; vielmehr komme es bei der Unterrichtsertheilung darauf an, die Herzen der Kinder mit Gottesfurcht, Vaterlandsliebe, treuer Anhänglichkeit und dankbarer Hingabe an das Herrscherhaus, mit Gehorsam gegen alle göttliche und menschliche Autorität, vereint mit Werthschätzung und Hochachtung vor göttlichen und staatlichen Ordnungen, mit Freude an allem Guten und Schönen zu erfüllen, den Kindern das Verständniß zu erschließen für die unausgesetzte Fürsorge des Herrscherhauses für die Wohlfahrt des gesammten Vaterlandes, insbesondere für die ärmeren Klassen der Bevölkerung und für die im Interesse der Arbeiter getroffenen segensreichen Wohlfahrtseinrichtungen, und sie zu Fleiß, Ordnungsliebe, Sparsamkeit und Genügsamkeit zu erziehen."

— Ueber die deutsch-französischen Verhandlungen wegen Abgrenzung des Hinterlandes von Kamerun veröffentlichten wir einen Artikel, in dem auch mitgetheilt wurde, daß der Kolonialrath vor Eintritt in die Verhandlungen mit den maßgebenden Kolonialkreisen Berathungen gepflogen. Ueber die Sitzung dieser Kolonialinteressenten erfährt die „Köln. Ztg.", daß der Präsident der Kolonialgesellschaft Fürst zu Hohenlohe-Langenburg, ferner der Vorsitzende des Kamerun-Komitees Konsul Vohsen, sowie Vertreter verschiedener Kolonial-Gesellschaften, u. A. Graf Dürckheim, Geh. Kommerzienrath Langen, Justizrath Bojunga, P. Staudinger u. a., zugegen gewesen sind.

„Die größere Anzahl der Herren waren für einen Abschluß mit Frankreich, da sich die Regierung aus Sparsamkeitsrücksichten nicht in der Lage erklärte, neue Expeditionen jenseit des 15. Grads zu entsenden, und man annehmen mußte, daß die einzige ausgesandte Expedition (vom Kamerunkomitee unter Führung des Barons v. Uechtritz und Dr. Passarge) nicht die vielen Erfolge der französischen Expeditionen aufwiegen würde. Zudem war eine glückliche Rückkehr derselben nicht sicher, da sie nur aus 76 Mann bestand und in schon großen Theil unbekannte Gebiete zog, z. B. in solche, die de Maistre mit 200 Mann und unter größter Mühe und stetigen Verlusten durchzogen hatte. Ferner rückt augenblicklich, wie Herr v. Uechtritz meldet, eine von Savorgnan de Brazza entsandte französische Expedition von 100 Mann von Ngaundere 1 nach Bagirmi und zwar unter Führung des Monteil, und nach der „Politique Colon." eine 1000 Mann starke Expedition, deren Führung, nachdem Major Monteil nach Berlin gereist, dem Lieutenant Julien anvertraut ist, im Ubangi-Knie, um in drei Abtheilungen auf den Pfaden Crampels, Dybowskys und de Maistres Bagirmi zu erreichen. Also drei Expeditionen streben jetzt demselben Ziel zu, und wenn auch die deutsche einen Vorsprung vor der zweiten hat und die dritte sogar drei Monate voraus ist, so ist sie doch die schwächste und kann eine große Gefahr nicht aushalten. Die Gründe schienen den meisten Herren so gewichtig, daß sie sich rückhaltlos für eine Verständigung mit Frankreich aussprachen. Nur ein Theil der Herren war für einen Abschluß, wenn die günstige Lage, die durch das Vorhandensein und das glückliche Vorgehen der v. Uechtritz'schen Expedition gegeben sei, ausgenützt, und eine für Deutschland günstigere Vereinbarung erzielt werde. Frankreich erkannte nämlich nach den Erklärungen der Regierungsvertreter der deutschen Kolonie Kamerun nur eine Ausdehnung zu, deren Ostgrenze von der Südostecke bei Yola bis zum Zusammenfluß des „Rapids" genannten Schnellen des Old Calabar, also etwa bis zum 6. Gr. n. Br. gebildet wird, d. h. bis Kunde, einem Elfenbeinmarkt, der jedoch wie das Hinterland liegende Gaza in den französischen Einflußbereich fällt; als Nordgrenze könne nur eine Linie von Kunde nach „Rapids" angesehen werden, da sowohl Mizon wie de Maistre in dem nördlichen Theil Adamaua's unanfechtbare Rechte erworben hätten. Da Frankreich aber, auf seine zahlreichen Expeditionen und Stationen trotzend, diesen Standpunkt unentwegt festhielt und die deutsche Kolonie von Frankreich mit einem Schlage von den großen Verkehrszentren von Tibati, Ngaundere 1, Gascheka u. a. abschneiden wolle, da ferner augenblicklich noch Aussicht vorhanden war, durch Hinweis auf die Fortschritte des Herrn von Uechtritz in der Richtung nach Bagirmi ziemlich das ganze Adamaua und den oberen Benue zu retten, so glaubte die Reichsregierung jetzt die letzte Gelegenheit gekommen, ohne weitere Geldopferungen von Frankreich wenigstens noch einige Zugeständnisse zu erreichen, eine Auffassung, der die größte Zahl obiger Herren zustimmte. Leider hat sich auch die Reise des Frhrn. von Stetten als ergebnißlos erwiesen und konnte zur Begründung von Rechtstiteln gegenüber den französischen Ansprüchen nicht aufrecht erhalten werden. Der vielgerühmte, von ihm mit dem Emir von Jola abgeschlossene Vertrag, der im orientalischen Seminar zu Berlin übersetzt ist, enthält auch nicht ein einziges Mehrbegünstigungsrecht und bezeichnet vornehmlich nur eine Dankesversicherung für gelieferte Geschenke. So bestand für Deutschland am oberen Benue und in dem benachbarten Gebiet außer Flegels Verträgen, die man leider wenig geschätzt zu haben scheint, und den Reisen Dr. Zintgraffs und Hauptmann Morgens, die nur an der Grenze des 6. Gr. n. Br. bis zum englischen Gebiet verliefen, allein noch die Aussicht, durch die Expedition des deutschen Kamerun-Komitees etwas zu erreichen. Unter den oben erwähnten 15 Herren befanden sich nur drei, darunter der Präsident der Kolonialgesellschaft und des Kamerun-Komitees, die einen Abbruch der Verhandlungen mit Frankreich auf obiger Grundlage verlangten. Man solle erst die Erfolge der von Uechtritz'schen Expedition abwarten, die alle Aussicht habe, erhebliche Erfolge zu erzielen, und alles aufbieten, um noch eine neue Expedition in die streitigen Gebiete zu entsenden. Deutschland trete jetzt eigentlich erst thätig in den Wettbewerb um das Schari-Becken mit Frankreich ein; da solle man nicht voreilig abschließen, sondern erst Rechte erwerben, um daraufhin eine bessere diplomatische Regulirung durchsetzen zu können. Schon beim Sansibarvertrag wäre der Fehler begangen, den Vertrag abzuschließen, ohne die Erfolge Dr. Peters' am Ukerewe abzuwarten."

Das neue Abkommen soll am 15. März veröffentlicht werden. Zugleich beabsichtigt die Regierung, um sich vor Angriffen in der Presse zu schützen, das ziemlich umfangreiche Protokoll obiger Sitzung im Auszuge bekannt zu geben.

Kiel, 28. Februar. Zum Professor der praktischen Theologie an der Landesuniversität Kiel ist der Professor Baumgarten aus Jena kürzlich ernannt worden. Die hochorthodoxe Geistlichkeit ist über diese Ernennung sehr erbittert und greift den sonst in ihren Kreisen sehr beliebten Kultusminister Dr. Bosse aufs heftigste an. Das Organ der Hochorthodoxie fragt grob: Soll ein solcher junger, unerfahrener Mann die Geistlichen unserer Provinz praktisch ausbilden? Das klingt doch wirklich beinahe, als wenn der Kultusminister sagen will: „Ihr seid bisher nur mit Ruthen gezüchtigt, aber jetzt werde ich Euch mit Skorpionen züchtigen." Schon lange, bemerkt das Blatt, sind die bittersten Klagen geführt worden über die Berufungen, die von Berlin aus in den letzten Jahren geschehen sind. Man führt diese Berufungen auf den Professor Weiß zurück, der in diesen Dingen die rechte Hand des Kultusministers ist. Aber allen Berufungen setzt doch diese Berufung die Krone auf, Professor Baumgarten sei „ein junger Mann, der noch nicht lange die Universität verlassen habe, der garnicht Bescheid wisse in den Verhältnissen der Landeskirche, der er dienen solle". Der Kultusminister beabsichtige durch diese Berufung die Geistlichkeit Schleswig-Holsteins liberal zu machen; gegen seinen derartigen Schlag ins Gesicht müsse die Kirche sich erheben. — Die Ultras hatten die Berufung des mitpräsentirten strengorthodoxen Pastors Schäfer, des Leiters der Altonaer Diakonissenanstalt, erwartet. Je mehr Dr. Bosse seine ultraorthodoxe Gesinnung betont, und je entschiedener er seine reaktionäre Schulpolitik durchzuführen sucht, desto maßloser werden die Forderungen der Hochorthodoxie.

Nürnberg, 28. Februar. Wegen der hier herrschenden Maul- und Klauenseuche ist der Viehhof gesperrt worden. Derselbe steht in lebhaftem Verkehr mit dem Berliner.

Straßburg i. Els., 28. Februar. Der Landesausschuß für Elsaß-Lothringen hat heute die erste Lesung der Gemeindeordnung beendet. Während der Lothringer Jeanty die Vorlage wegen der Institution der Berufsbürgermeister und des Zweiklassenwahlsystems für unannehmbar erklärte, empfahl der Bürgermeister Bach von Straßburg die Annahme der Vorlage. Ihm schloß sich Baron Zorn von Bulach an, der namentlich die Beschränkung des allgemeinen gleichen Wahlrechts billigte. Gleich wie der Abgeordnete Jeanty bekämpfte auch der Lothringer Ditsch das Institut der Berufsbürgermeister, welches durch den Entwurf sanktionirt würde. Nachdem sich noch zwei Elsässer für Annahme der Vorlage erklärt, wurde dieselbe einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Wie man allgemein annimmt, wird ein Kompromiß zu Stande kommen.

Oesterreich-Ungarn.

Im Budgetausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses erklärte gestern in Beantwortung einer Anfrage betreffend den Stand der Handelsvertragsverhandlungen mit Rußland der Handelsminister Graf Wurmbrand, er müsse sich sehr reservirt verhalten, da die Verhandlungen erst im Zuge seien; von österreichisch-ungarischer Seite würden die Verhandlungen auf dem Boden der Meistbegünstigung geführt. Rußland habe spezielle Anforderungen gestellt, welche eine eingehendere Erwägung erheischten; die Regierung lege übrigens großes Gewicht auf eine sehr rasche Abschließung der Verhandlungen. Im Verlaufe der Debatte über die Handelsvertragsverhandlungen interpellirte Klaic den Handelsminister darüber, welche Stellung derselbe bezüglich der Forderung Frankreichs einnehme, Frankreich die Vergünstigung der im Handelsvertrage mit Italien enthaltenen Weinzollklausel zu gewähren.

Im ungarischen Abgeordnetenhause führte der Ministerpräsident Dr. Wekerle auf die Interpellation des Abgeordneten Ugron aus, die Nachrichten über eine theilweise Mobilisirung oder über Truppenverschiebungen seien Ausstreuungen, denen gegenüber er auf das entschiedenste erkläre, daß weder von einer Mobilisirung noch von irgend welcher neuen Truppendislokation die Rede sei, sowie daß keinerlei Verfügung in dieser Hinsicht getroffen und auch keinerlei derartige Maßnahme in Aussicht genommen sei. (Allgemeine Zustimmung.) Die auswärtigen Verhältnisse Ungarns seien zur Zeit derartig, daß die Nothwendigkeit zu solchen Maßnahmen auch in der nächsten Zeit nach menschlichem Ermessen nicht eintreten werde. Er bedauere, daß diese Ausstreuungen in weitere Kreise gedrungen seien, obschon dieselben weder in den auswärtigen Beziehungen Ungarns noch in dem wirthschaftlichen Leben des Landes größere Aufregung hervorgerufen hätten. (Allgemeine lebhafte Zustimmung.) Ugron erklärt, er nehme von der Erwiderung des Ministerpräsidenten, welche vollkommen befriedigend und beruhigend sei, Kenntniß.

Wien, 28. Februar. Das Leichenbegängniß des verstorbenen Bürgermeisters Dr. Prix fand heute Nachmittag in der feierlichsten Weise statt. Der Domprobst Marschall nahm in dem mit Trauerabzeichen geschmückten Rathhause die Einsegnung der Leiche vor, worauf sich der imposante Trauerzug durch die von einer dicht gedrängten Menschenmenge besetzten Straßen nach dem Stefansdom bewegte. Hier erwarteten der Fürst-Erzbischof Gruscha, der Ministerpräsident Fürst Windischgrätz mit mehreren Ministern und zahlreiche Hof- und Staatswürdenträger die Leiche, welche von dem Erzbischof Angerer nochmals eingesegnet wurde. Auf dem Zentralfriedhofe hielt der Vizebürgermeister Gruebl am Grabe die Trauerrede.

Wien, 28. Februar. Die gestrige Rede des Reichskanzlers Grafen Caprivi im Reichstag hat auch hier allgemein die größte Würdigung gefunden. Die „Neue freie Presse" sagt, die Rede enthalte eine Fülle wichtiger Bemerkungen und habe einen starken Eindruck hervorgebracht, der nicht blos auf den deutschen Reichstag beschränkt bleiben könne. Sie komme einem bedeutsamen politischen Ereigniß gleich. Das „Fremdenblatt" führt aus, das gewichtige Plaidoyer Caprivis für den deutsch-russischen Handelsvertrag könne seinen tiefen Eindruck auf die Stimmung in Deutschland nicht verfehlen. Die Rede lasse die Gestalt des Reichskanzlers in ihrer ganzen großen Bedeutung erscheinen, als die eines Mannes von überlegenem Urtheil, vollster Objektivität und staatsmännischem Ernst. Das „Neue Wiener Tagbl." bezeichnet die Rede als ein bedeutendes politisches Ereigniß, dessen Eindruck in ganz Europa ein nachhaltiger sein dürfte.

Niederlande.

Amsterdam, 25. Februar. Der Mahnruf: „Macht es kurz", der in der vorigen Woche vor der Eröffnung der Debatten über den Tak'schen Wahlgesetzentwurf ein liberales Blatt an die Volksvertretung gerichtet hatte, scheint wirkungslos im Winde verhallt zu sein, denn wenn man die langen, oft mehr als eine Stunde beanspruchenden Reden mancher Abgeordneten liest, sollte man denken, daß über die anhängige Frage noch nie ein vernünftiges Wort gesprochen oder geschrieben worden sei, während doch im buchstäblichen Sinne des Wortes auch nicht der kleinste Punkt mehr existirt, der nicht im Laufe des letzten Jahres von der Presse von allen Seiten beleuchtet worden wäre. Berücksichtigt man die reichliche Anzahl von Zusatzanträgen, die beinahe zu jedem Satz eingebracht werden, so könnte man an das Vorhandensein eines gewissen Obstruktionismus denken. Dem ist indessen nicht so, da man das Meiste dem mit unwiderstehlicher Macht sich geltend machenden Drang, sich selber reden zu hören, zu Gute halten muß. Indessen hat die Abstimmung über den Hauptartikel des Gesetzes, der die ökonomische Grundlage der Stimmfähigkeit festsetzt, bereits ergeben, daß an der Annahme der gesammten Vorlage nicht mehr zu zweifeln ist, denn dieser Artikel wurde mit 81 gegen 17 Stimmen angenommen. Die antirevolutionäre Partei ist gespalten, zwei Drittel ihrer Mitglieder sind für, das andere Drittel gegen die Vorlage, dagegen scheint jetzt fast die ganze liberale Partei mit Ausnahme einiger weniger noch in konservativen Erinnerungen befangener Altliberaler für den Entwurf des Ministers gewonnen zu sein. Mit leeren Händen, dies weiß man recht gut, dürfen die Volksboten nach Ablauf der Tagung vor der Gesammtheit des Volkes nicht mehr erscheinen.

Belgien.

Brüssel, 28. Februar. Die belgische Gendarmerie hat den von der französischen Polizei gesuchten Anarchisten Lhermy in Thuin festgenommen.

Frankreich.

Paris, 27. Februar. **Senat.** Bei der Berathung der Getreidezollvorlage hielt der Ackerbauminister Viger den Zoll von 7 Franks aufrecht. Nach Schluß der allgemeinen Berathung wurde der Gesetzentwurf in der von der Kammer beschlossenen Fassung mit 189 gegen 32 Stimmen angenommen. — Frarieux legte einen Bericht vor, der mit dem Antrage schließt, die Petition französischer Inhaber von Obligationen der portugiesischen Eisenbahngesellschaft dem Ministerium des Auswärtigen zu überweisen. Im Bericht des Senators Frarieux über die Petition französischer Inhaber von Obligationen der portugiesischen Eisenbahngesellschaft wird ein energisches Vorgehen der Regierung gegen Portugal verlangt, damit eine Abänderung der Konversion herbeigeführt und die uneingeschränkte Aufrechterhaltung der Rechte der Obligationsinhaber, sowie die Beseitigung jeglichen Vorrechts und die Tarifikation der Summe der Schuldforderungen bei der Liquidation sichergestellt werde.

Der Schwurgerichtshof verurtheilte heute den Anarchisten Marpeaux zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe. Marpeaux hatte einen Polizeiagenten, welcher ihn wegen Diebstahls verhaften wollte, getödtet.

Paris, 28. Februar. In der Sorbonne verhinderten heute 2000 Studenten den Akademiker Brunetière seine Vorlesung über Bossuet zu halten. Viele Damen des Faubourg Saint Germain pflegen der Vorlesung beizuwohnen und den Studenten den Platz wegzunehmen. „Nieder mit den Frauen, es lebe Zola!" wurde geschrien, dazwischen gepfiffen und geklingelt, bis Brunetière jeden Versuch zu sprechen aufgeben mußte und sich nach einer halben Stunde vergeblichen Wartens zurückzog.

Paris, 28. Februar. In der heutigen Sitzung der Armeekommission vertheidigten die Deputirten für Haute-Savoie ihren Antrag auf Bildung von zwei Bataillonen Alpenjägern in Chablais und Tancigny. Der Kriegsminister erwiderte, Frankreich habe an dieser Grenze Alles, was nothwendig sei, um jeder Eventualität die Spitze zu bieten. Niemand könne dort einer Mobilisirung Schwierigkeiten bereiten, welche sich daselbst ebenso wie auf anderen Punkten des Landes vollziehen werde.

Der Minister des Auswärtigen Perier hat nach Berathschlagung mit dem Komitee für die auswärtigen Dienste und Anhörung d'Aunay's soeben ein Dekret unterzeichnet, durch welches der frühere Gesandte in Kopenhagen, d'Aunay's, seiner Stellung enthoben wird.

Italien.

Rom, 28. Februar. Deputirtenkammer. Der Ministerpräsident Crispi nahm unter allgemeiner Aufmerksamkeit das Wort und erklärte, er werde zur Sache sprechen und Personen nicht berühren, außer wenn der Gegenstand dies nothwendiger Weise erfordern sollte. Man habe die Bourgeoisie in düsteren Farben gemalt, und doch sei sie es, welcher das Volk es verdanke, daß es heute eine Vertretung hat. Allerdings habe die Bourgeoisie unrecht daran gethan, die Schulen zu vermehren, ohne auf die Erziehung der niederen Volksschichten Bedacht zu nehmen. Das soziale Problem bedürfe einer Lösung, aber nicht derjenigen, welche die Agitatoren der Massen predigen. Seit der Freimachung des Eigenthums und der Aufhebung der Fideikommisse ständen die Eigenthümer Kraft eines legitimen Rechtes im Besitze, jetzt aber erhebe man das Beraubungsrecht zur Wissenschaft und die Versuche, diese Theorien zu verwirklichen, streiften hart am Verbrechen. Den Boden zur Verbreitung dieser Lehren habe man schlecht gewählt, denn auf Sizilien herrsche ein stark entwickeltes Gefühl für das Eigenthum und die Familie; ein Blick auf die Gemeinden, in welchen die Unruhen ausbrechen, genüge, um sich davon zu überzeugen, daß letztere nicht durch Noth veranlaßt worden sind. In der Provinz Trapani und den Gemeinden der Provinz Palermo, in

---

Grundeigenthümliches.

Zur Frage des Bauschwindels.

Der wundeste Punkt des großstädtischen Bauwesens ist heute unstreitig die systematische Ausbeutung, wie sie mit Hülfe der bestehenden Rechtsordnung von gewissenlosen Spekulanten an armen Bauhandwerkern thatsächlich betrieben wird. Und gerade der Umstand, daß die geltende Rechtsordnung, insbesondere die heutige Regelung des Grundbuch-, Subhastations- und Konkurswesens dazu dient, dem Spekulanten dieses Raubsystem zu ermöglichen, ihm gewissermaßen die legale Form, die gesetzliche Weihe verleiht, hat in weiten Volksschichten eine soziale Gährung erzeugt, die der Gesetzgeber nicht mehr ruhig mitansehen kann.

Seit Jahren beschäftigt man sich in unsern gesetzgebenden Körperschaften, namentlich im Reichstage und im preußischen Abgeordnetenhause, denn auch mit Vorschlägen und Entwürfen, die dem gedachten Uebelstande abhelfen sollen. Allein hier den gangbaren Weg zu finden, ist, wie schon die lange Zeitdauer vergeblichen Suchens beweist, nicht so leicht. Es hat bisher nicht gelingen wollen, ein Mittel zu schaffen, das einerseits den Bauhandwerkern ein wirksames Schutzrecht bietet, ohne andererseits tief in die Lebensinteressen sonstiger großer Volkskreise einzuschneiden.

Man hat daran gedacht, den Bauhandwerkern ein Vorzugsrecht vor allen Hypotheken und Grundschulden des Baugrundstückes zu gewähren. Und vielleicht ist dieser Plan auch heute noch nicht ganz aufgegeben. Zu ihm führte namentlich die Erwägung, daß es doch nicht angängig sei, die eingetragenen Grundstücksgläubiger, Kapitalisten, und unter ihnen in erster Linie den ausbeutenden Spekulanten selbst, mit den Arbeiten und Lieferungen armer Handwerker zu bereichern. Da nämlich das Pfandrecht am Grund und Boden von selbst auch den Zuwachs ergreift, so wird nach dem geltenden Recht jede auf dem verpfändeten Grundstück errichtete Baulichkeit sofort und schon während der Bauzeit von dem Pfandrecht mitergriffen. Sehr anschaulich schilderte die unerfreulichen Wirkungen dieses Umstandes vor längerer Zeit das „Leipziger Tageblatt": „In dem Augenblick", hieß es da, „wo der Lieferant ein Stück Waare zu dem Bau geliefert, der Handwerker eine Arbeit auf dem Bau ausgeführt hat, hat er das Recht daran verloren, der Hypothekengläubiger ohne irgend welches Zuthun von seiner Seite es gewonnen. Jedes Stück Waare des Lieferanten, jede Arbeit des Handwerkers verfällt unrettbar dem Hypothekengläubiger. Kommt das Haus dann zur Subhastation, so dient das ganze Grundstück natürlich vorweg zur Befriedigung des Spekulanten, als erst eingetragenen Gläubigers, der nunmehr in die Möglichkeit kommt, für denselben Preis, den er für ein unbebautes Grundstück kreditirt hatte, dasselbe Grundstück bebaut zurückzuerwerben. In den Rest, der, wenn er überhaupt vorhanden ist, nur verschwindend gering sein kann, können sich dann — aber auch nur, soweit nicht noch andere Hypothekengläubiger vorgehen — die Bauhandwerker theilen. Hieraus sind die empfindlichen Verluste zu erklären, welche bei jeder Zwangsversteigerung Hunderte von armen, strebsamen Handwerkern erleiden. Hier ist der Grund zu suchen, warum der Ruf nach gesetzgeberischer Hülfe immer lauter ertönt."

Aber soll man um dieser unerfreulichen Wirkungen willen, wie sie hauptsächlich doch nur bei den Spekulationsbauten Berlins und auch Stettins zu Tage treten, gleich eine im Uebrigen durchaus bewährte Rechtsordnung umstoßen? Soll man mit jenem Vorzugsrecht dem Bauhandwerker Breschen legen in das „Eintragungsprinzip", den guten Glauben an das Grundbuch zerstören, auf dem doch unser ganzer Realkredit beruht? Und würde man mit jenem Vorzugsrecht nicht auch das solide Baugeschäft lahmlegen und so dem gesammten Bauhandwerk den Ast absägen, auf dem es sitzt? Welcher Kapitalist würde noch Geld leihen auf Grundstücke, für eine Sicherheit, die ihm durch etwaige spätere Bauten geschmälert oder gar ganz genommen werden könnte?

In der Reichstags-Kommission, die sich gegenwärtig mit der Berathung der Novelle zur Konkursordnung beschäftigt, ist man jetzt auf ein anderes Mittel verfallen, um den Bauhandwerkern aufzuhelfen: es soll ihnen ein Vorzugsrecht wenigstens vor den übrigen Konkursgläubigern gegeben werden. Auf den Antrag der Zentrumsabgeordneten Dr. Rintelen und Schwarze will man in § 54 der Konkursordnung (bevorrechtigte Forderungen) folgenden neuen Absatz einschalten: „Die Forderungen der Werkmeister, Handwerker und Arbeiter für die von ihnen zur Herstellung oder Wiederherstellung eines Gebäudes gelieferten Arbeiten und gemachten Lieferungen; das Vorrecht gilt nur für die Forderungen aus den letzten sechs Monaten vor der Eröffnung des Konkursverfahrens, sowie für solche Forderungen aus der Zeit vor Eröffnung des Konkursverfahrens, welche innerhalb sechs Monaten nach der Fälligkeit rechtshängig geworden und bis zur Eröffnung des Verfahrens gerichtlich verfolgt sind, und beschränkt sich auf den zur Konkursmasse fließenden Erlös aus den betreffenden unbeweglichen Sachen."

Dieser Antrag bietet den Bauhandwerkern wenig mehr als einen Stein statt eines Brodes. In den Fällen, auf die es den Handwerkern vorzugsweise ankommt, bei den Konkursen der mittellosen großstädtischen Bauunternehmer, pflegt das Baugrundstück zumeist das einige Exekutionsobjekt zu bilden. Und wenn sie bei diesem ausgefallen sind, kann ihnen auch das schönste Vorrecht vor den gewöhnlichen Gläubigern nichts helfen. Denn da bekommt eben keiner mehr was Erhebliches aus dem Erlös der beweglichen Sachen des Gemeinschuldners. (D. H.-Ztg.)

Die vom Finanz-Minister am 26. Dezember 1893 erlassene technische Anleitung für die erstmalige Schätzung des Werths der Grundstücke behufs Veranlagung zur Ergänzungssteuer ist nebst Erläuterungen zu den Anlagen 4 und 5 in Karl Heymann's Verlag in Berlin erschienen.

Nach § 38 Abs. 2 des preußischen Eigenthums-Erwerbsgesetzes können Einreden gegen die Klage aus einer Hypothek aus dem persönlichen Schuldverhältniß einem Dritten, welcher ein Recht auf die Hypothek gegen Entgelt erworben hat, nur entgegengesetzt werden, wenn sie ihm vorher bekannt geworden sind oder sich aus dem Grundbuch ergeben. In Bezug auf diese Bestimmung hat das Reichsgericht, V. Zivilsenat, durch Urtheil vom 8. November 1893 ausgesprochen, daß einem Dritten, welchem die Hypothek von einem gutgläubigen Erwerber gegen Entgelt weiter zedirt ist, Einreden aus dem persönlichen Schuldverhältniß entgegengesetzt werden können, wenn ihm die Einreden vorher bekannt gewesen sind.

Nach dem preußischen Gesetz vom 11. Juni 1874 über die Enteignung von Grundeigenthum ist die Feststellungsklage in Ansehung eines aus der Enteignung befürchteten künftigen Schadens nicht zulässig. Dies hat das Reichsgericht, VI. Zivilsenat, im Urtheil vom 19. Dezember 1893 (Entsch. XXX. 266) angenommen. Der Hauptgrund ist aus § 30 des Enteignungsgesetzes entnommen, wonach den Betheiligten eine Präklusivfrist von sechs Monaten für die Beschreitung des Rechtsweges gegen die Entscheidung der Verwaltungsbehörde über die Entschädigung gesetzt ist. Anderweit würde dem Expropriaten auf unbestimmte Zeit hinaus die Verfolgung eines Entschädigungs-Anspruches aus der Expropriation gewährt werden, was mit dem Gesetz in Widerspruch steht.

denen die Ruhestörungen vorkamen, herrsche geradezu Wohlhabenheit. Die Bewegungen in Sizilien seien durch Verschwörungen verursacht worden, welche die größten Uebel herbeigeführt hätten, wenn die Regierung ihnen nicht entgegengetreten wäre. Die Fasci di lavoratori hätten ihre Wirksamkeit im Jahre 1891 begonnen und hätten anfangs den Anschein erweckt, eine wohlthätige Einrichtung zu sein. Im Jahre 1892 wurde in Palermo eine nationale Ausstellung abgehalten, damals seien sozialistische Arbeiter nach Sizilien gekommen, welche die Ansteckung ins Land brachten. Seit jener Zeit habe mit Hülfe von Kongressen und auf Anstiftung von im Auslande befindlichen Revolutionären thatsächlich die revolutionäre Organisation Anfang genommen. Es habe damals 166 Fasci mit 289 000 Mitgliedern gegeben; die Führer derselben hätten erklärt, daß sie ihr Vertrauen nicht in die Thätigkeit des Parlaments, sondern auf die Revolution setzen. Der Ministerpräsident verlas einzelne Stellen aus beschlagnahmten Briefen, aus denen dies hervorgeht. Man habe es auch versucht, sich mit einigen Klerikalen Vereinen des Festlandes ins Einverständniß zu setzen, wofür schlagende Beweise vorhanden seien. Die letzten Beschlüsse seien von einer in Marseille abgehaltenen Versammlung gefaßt worden, woselbst festgestellt wurde, daß [illegible] die Insurrektion gegen Mitte Februar ins Werk gesetzt werden. Da man jedoch später das Einschreiten der Regierung befürchtete, so habe man beschlossen, die insurrektionelle Bewegung früher beginnen zu lassen, und wenn es auch einen 4. April gebe, [illegible] seine Anhänger theilnehmen würden. (Heiterkeit.) Man hatte den Bauern für 1894 eine Theilung der Grundstücke versprochen und man rechnete auch darauf, daß im dieser Jahre ein Krieg mit Hülfe Frankreichs ausbrechen würde, welch letzterem man den Plan abzutreten gesonnen wäre. (Sensation.) Um darzulegen, welchen Charakter die Bewegung hatte, verlas Crispi eine in einer Gemeinde veröffentlichte Proklamation, in welcher es heißt: Arbeiter! Söhne der Vesper! Schlaft ihr noch? Gehen wir zum Gefängniß, um die Gefangenen zu befreien! Tod dem König! Tod den Beamten! Nieder mit den Taxen! Brand der Mairie und dem Zivilkasino! Fascio! Wenn die Glocken läuten, werden wir nach dem Schlosse ziehen; denn Alles ist für die Freiheit bereit! Achtung auf Signal! (Große Bewegung.) Der Sozialist Prampolini fragte, ob das Manifest eine Unterschrift trug, Crispi erwiderte darauf: „sehr bedeutend“ (lebhafte Heiterkeit) und fuhr fort: „In der Provinz Massa-Carrara brach die Revolution in allen ihren Formen aus und auch hier wie in Sizilien mußte der Belagerungszustand erklärt werden.“ Der Ministerpräsident vertheidigte darauf mit zahlreichen Beweisgründen die Verhängung des Belagerungszustandes, welcher die Sicherheit für eine energische Intervention der Regierung zur Verhinderung weiterer Tumulte gab. Der Belagerungszustand sei von der großen Mehrheit der Bevölkerung mit lebhafter Zustimmung aufgenommen worden. Schließlich vertheidigte Crispi die Gesetzlichkeit des Belagerungszustandes und erklärte, es gebe über der Verfassung noch ein höheres Gesetz, nämlich jenes, welches den Völkern das Recht giebt, ihre Existenz zu vertheidigen. (Bewegung.) Der Belagerungszustand war politisch und rechtlich vollkommen gerechtfertigt.

Rom, 28. Februar. Die Rede Crispis über Sizilien machte ungeheuren Eindruck. Mit wenigen Ausnahmen nahm die ganze Kammer die Ausführungen des Premiers mit lebhaftem Beifall auf. Bei der Abstimmung über die innere Politik ist Crispi eine große Mehrheit sicher, was allerdings das Votum über die Finanzpolitik nicht präjudiziren wird.

Spanien und Portugal.

Madrid, 22. Februar. Da sich der Aufenthalt der spanischen Gesandtschaft in Marrakesch länger, als erwartet, hinzieht, so ging dieser Tage eine Karawane mit Lebensmitteln von Mazagan dahin ab. Den Gang der Verhandlungen schildert ein Berichterstatter in folgender bezeichnender Weise: „Der Sultan und El Gharnit spielen das reine Versteckspiel. Wenn sie sich heute mit der neutralen Zone einverstanden erklären, so geschieht das nur, um der Entschädigungsfrage aus dem Wege zu gehen; wenn sie morgen die Ziffer der zu zahlenden Millionen zu genehmigen scheinen, so kann man darauf wetten, daß sie alsbald die Bestrafung der Schuldigen verweigern werden, und wenn sie übermorgen versichern, daß der Sultan in zwei Monaten nach Fes und dem Rif aufbrechen werde, so glauben sie daraus eine Berechtigung herzuleiten, den Betrag der Entschädigung herunterzudrücken und wieder in Frage zu stellen. Es ist ein Prozeß, dessen Ende gar nicht abzusehen ist.“ Dementsprechend schwanken auch die Nachrichten über den Ausgang, den die Verhandlungen schließlich nehmen werden, hin und her. Heute lauten sie wieder einmal optimistisch; gestern hieß es dagegen — und sogar ein Blatt wie die „Correspondencia de España“ gab das Gerücht wieder —, der Sultan weise, nachdem ihm über die wahre Ursache des Streites Bericht erstattet sei, alle Verantwortung ab; außerdem wäre er von den Notabeln darauf aufmerksam gemacht worden, daß es vollständig unmöglich sei, die geforderten Millionen jetzt aufzutreiben. Infolgedessen beginne er er den Gedanken in Erwägung zu ziehen, ob nicht der Ausbruch des Krieges vielleicht doch noch das kleinere Uebel sei. Wegen der Entschädigungssumme soll er übrigens von neuem die Mächte befragt haben, wahrscheinlich in der Hoffnung, daß sich am Ende die eine oder die andere auf seine Seite schlagen werde. Doch wird in hiesigen amtlichen Kreisen aufs bestimmteste versichert, daß sich alle ohne Ausnahme zu Gunsten der spanischen Forderungen ausgesprochen haben. Andererseits befürchtet man hier, daß die Eintreibung einer außerordentlichen Kriegssteuer zu schweren innern Streitigkeiten in Marokko führen wird.

Der zwischen Rabat und Casablanca verkehrende englische Postbote ist seiner Brieftaschen beraubt worden. Ebenso wurden einige Stunden von Tanger entfernt fünf Boten, die sich in der Hoffnung, so sicherer zu sein, zusammengethan hatten, überfallen; nur dem Träger der französischen Post gelang es, zu entkommen.

Großbritannien und Irland.

London, 26. Februar. Der Londoner Grafschaftsrath hat der kgl. Kommission zur Verschmelzung von City und Grafschaft (d. h. Stadt) einen Plan vorgelegt, dessen Hauptzüge folgende sind: An die Stelle der sogenannten Korporation der City und des Grafschaftsraths soll eine Körperschaft treten, die aus 118 Räthen und 18 Aldermen zu bestehen hat. Die Räthe sollen von allen Londoner Bürgern gewählt werden, die jetzt eine Stimme bei den Grafschaftswahlen besitzen. Die neuen Aldermen sollen wiederum von den Räthen gewählt werden und zwar in derselben Weise und auf gleiche Amtszeit, wie es jetzt bei den Grafschaftsaldermen der Fall ist. Der künftige Lordmayor soll alle Vorrechte und Würden des jetzigen Lordmayors der City genießen und auf die neue Korporation sollen alle Rechte der jetzigen Citykorporation und des Grafschaftsrathes übertragen werden. Eine eigene Ortsbehörde soll für die City eingesetzt werden. Die Polizei von City und Grafschaft wird verschmolzen und ebenso werden verschiedene Citygerichte aufgehoben werden. Alle gegenwärtigen Beamten der City und Grafschaft werden Beamte von Groß-London. Das gesammte ungeheure Vermögen der City geht selbstverständlich in die Hände der neuen Korporation über.

London, 28. Februar. Das Oberhaus nahm heute die vom Unterhause zur Kirchspielraths-Bill beschlossenen Abänderungen mit den von Lord Salisbury beantragten Modifikationen an, so daß die Vorlage an das Unterhaus zurückgehen muß. Die Regierung hatte die Modifikationen bekämpft.

Die Königin empfing heute Nachmittag den Premierminister Gladstone im Buckingham-Palast.

Rußland.

Petersburg, 28. Februar. Nach dem heute Abend 5 Uhr ausgegebenen Bulletin hatte der Minister des Auswärtigen v. Giers innerhalb der letzten 24 Stunden ungefähr 9 Stunden Schlaf. Die Herzthätigkeit verbesserte sich, Puls 70—80, die Herzbeklemmungen sind seltener und schwächer, das Allgemeinbefinden ist besser.

Serbien.

Belgrad, 28. Februar. Rußland besteht auf die Abreise Milans, hat jedoch gegen das Ministerium Simitschs nichts einzuwenden. Man glaubt, daß Milan abreisen wird. Die direkten Eisenbahntarife zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn einerseits und Serbien, Bulgarien und der Türkei andererseits sind bis zum 1. Juli 1894 prolongirt.

Rumänien.

Bukarest, 28. Februar. Der deutsche Gesandte Graf Leyden wurde heute vom Könige in Privataudienz empfangen und wird in der nächsten Woche sein Beglaubigungsschreiben überreichen.

Die Kammer genehmigte in ihrer heutigen Sitzung mit 76 gegen 4 Stimmen den Auslieferungsvertrag mit England.

Stettiner Nachrichten.

* **Stettin,** 1. März. Für die am 5. März unter Vorsitz des Herrn Landgerichts-Direktors Thümmel beginnende zweite diesjährige Schwurgerichtsperiode sind folgende Herren als Geschworene ausgelooft: Stadtrath Hans Haase, Kaufmann Karl Breunig, Kaufmann Emil Richter, Kaufmann Leopold Stein, Kaufmann und Konsul Hermann Günther, Major a. D. und Stadtrath Friedrich Gaede, Kaufmann Rudolf Schumacher, Rentier Louis Schramm, Rentier Otto Berndt, Kaufmann Max Wossidlo, Kaufmann Eugen Kleinschmidt, Rentier Rudolf Nitsche, Privatier Fritz Reinke, sämmtlich von hier, Fabrikdirektor Gustav Rau, Fiddichow, Kaufmann Olaf Sundin, Greifenhagen, Rentier Wilhelm Lemcke, Ueckermünde, Rentier Wilhelm Blaurock, Pasewalk, Gutsbesitzer Paul Schröder, Arnimswalde, Rentier Karl Schmidt, Stepenitz, Rittergutsbesitzer Louis Bötzow, Emilienhof bei Kammin, Fabrikinspektor Friedrich Worpitzki, Finkenwalde, Kaufmann Gustav Eberstein, Gartz a. O., Rentier Warnkroß, Usedom, Maurermeister Zepernick, Ueckermünde, Gutsbesitzer Hermann Rahn, Kohrshof, Buchhändler August Schnurr, Pasewalk, Gutsbesitzer Albert Schilberg, Plastichow, Gutsbesitzer Walther Zitelmann, Jasenitz, Rentier Robert Kuckhahn, Grabow a. O., Kapitän Christian Brose, Neuwarp.

Zur Verhandlung stehen bis jetzt folgende Strafsachen an: am 5. gegen den Tischler Karl Dall von hier wegen Raubes und gegen den Vollziehungsbeamten Strohbusch aus Unter-Bredow wegen Meineids; am 6. gegen den Kleinhändler Wilhelm Petrowssky aus Kamminke wegen Meineids; am 7. gegen den Knecht Friedrich Dieckmann aus Karolinenhorst wegen Nothzucht, ferner gegen den Hofgänger Hermann Ehlert aus Oevelgünde, den Fischer Albert Mecklenburg aus Podejuch und den Fischer August Groth aus Podejuch wegen Meineids und Verleitung zum Meineid; am 8. gegen den Fleischer Albert Lau aus Neu-Rossow wegen Urkundenfälschung und gegen den Landarbeiter Adolf Müller wegen Brandstiftung; am 9. gegen die unverehelichte Emilie Krapfken und die Drehorgelspielerin Pauline Voßberg, beide von hier, wegen Sittlichkeitsverbrechens, ferner gegen den Arbeiter Friedrich Behnke aus Neuendorf wegen Raubes; am 10. gegen den Fabrikbeamten Fritz Solbrig aus Grabow wegen Urkundenfälschung und gegen den Maurerlehrling Willy Rietz, sowie den Arbeiter Ludwig Glawe, beide von hier, wegen Raubes; am 12. gegen den Bäckermeister Otto Gieske und den Materialwaarenhändler Albert Schmidt, beide aus Grabow, wegen betrügerischen Bankerotts; am 13. gegen den Kammerjäger Alexander Wischoleck wegen Raubes, ferner gegen den Fleischermeister Franz Köbke und den Fleischermeister Albert Dalesch, beide aus Greifenhagen, wegen Raubes.

* Ein größeres Schadenfeuer wüthete, wie bereits kurz gemeldet, in letzter Nacht auf der Lastadie. Daselbst brannte ein Speicherstr. 35 belegener, der Firma Müller und Kemp gehöriger vierstöckiger Fachwerkspeicher, in welchem beträchtliche Mengen Getreide, Hülsenfrüchte und Kartoffelmehl lagerten. Die Feuerwehr rückte zwischen $11^1/_4$ und $11^1/_2$ Uhr mit der größeren Dampfspritze aus und requirirte bald darauf auch die neue, kleinere Dampfspritze, die an der Oder gleich hinter der Baumbrücke aufgestellt wurde. Der Speicher, welcher mit der Rückseite an die Parnitzstraße stößt, liegt glücklicherweise ganz frei, und diesem Umstande dürfte es allein zuzuschreiben sein, daß weitere Gebäude nicht in Mitleidenschaft gezogen wurden. Recht schwierig gestalteten sich die Löscharbeiten in Folge des Umstandes, daß der Speicher nur eine einige hölzerne Treppe besaß, deren oberer Theil bereits brannte, weshalb man von außen Leitern ansetzen und die verschlossenen Lucken einschlagen mußte, um an das Feuer zu gelangen. Nachdem das verheerende Element mehr als eine Stunde gewüthet hatte, stürzte plötzlich mit gewaltigem Krachen das Dach des Gebäudes ein, und ist es als ein wahres Wunder zu betrachten, daß hierbei Niemand Schaden genommen hat, denn in allen Stockwerken befanden sich Feuerwehrleute. Die beiden Dampfspritzen arbeiteten bis 4 Uhr Morgens, dann blieb eine Wache auf der Brandstelle zurück, die noch den ganzen Vormittag hindurch mit zwei Schlauchleitungen die Löscharbeit fortsetzte. Der Schaden dürfte sich, da die drei oberen Stockwerke fast ganz ausgebrannt sind, als recht erheblich herausstellen und werden denselben ohne Zweifel verschiedene Versicherungsgesellschaften zu tragen haben, bestimmte Angaben hierüber waren jedoch bisher nicht zu erlangen.

* Am Montag in der Mittagsstunde wurde Viktoriaplatz 6 ein Einbruchsdiebstahl mit großer Frechheit verübt; obwohl in dem Hause besonders um diese Zeit lebhafter Verkehr herrscht, öffneten die Diebe mittelst Nachschlüssels die Thüre und erbrachen mit Gewalt im Innern alle Behälter. Es fielen den Dieben auch verschiedene Werthsachen und ein Portemonnaie mit Baargeld in die Hände. Als sie sich damit entfernten, wurden sie vom Hauswirth bemerkt, weshalb sie ein Packet mit Wäsche von sich warfen und entliefen. Der Wirth hatte sich jedoch die Persönlichkeit des einen Diebes genau gemerkt und der Zufall wollte es, daß er denselben am nächsten Tage in der Lindenstraße bemerkte. Er verfolgte den Mann bis zum Amtsgericht, wo derselbe in den Zuschauerraum des Schöffengerichts ging, worauf der Hauswirth durch einen Polizeibeamten die Festnahme des Diebes bewirken ließ. Die Persönlichkeit des Einbrechers wurde als die des vielfach vorbestraften Arbeiters Emil Müller festgestellt, der zur Zeit noch unter Polizeiaufsicht steht.

* Das Missionsfest des pommerschen Hauptvereins für die Mission in China findet am Sonntag Abend um 5 Uhr in der Schloßkirche statt. Die Predigt hält Herr Prediger Schaaphaus, Stargard, den Bericht wird Herr Missionar Kollecscer erstatten.

— Die Räume am Königsthor Nr. 2, in denen sich früher das „Frankenbräu“ befand und die dann lange Zeit leer standen, sind heute wieder eröffnet und präsentiren sich unter dem Namen „Berliner Hofbräu“. Im Inneren sind Veränderungen vorgenommen, welche den Lokalitäten zum Vortheil gereichen, so ist das Büffet, welches sich früher in der Mitte des Raumes befand, nach einer Seitenwand verlegt, wodurch eine wesentliche Platzgewinnung erzielt ist. Auf die Ausstattung ist große Sorgfalt verwendet und mächtige Wandgemälde fesseln die Blicke des Besuchers, diese Gemälde sind von den Berliner Kunst-Akademikern C. A. Schmidt und Th. Schinkel angefertigt und stellen gelungene Kneip- und Minnescenen aus dem 16. Jahrhundert dar. Neu für Stettin ist der große Bier-Apparat mit seinen langen Messingkühlern und einem trefflich funktionirenden Spülapparat. Der neue Pächter der Räume ist Herr Brauereibesitzer Karl Gregory in Berlin, welcher in Herrn Restaurateur A. Köhler aus Berlin einen umsichtigen Oekonom gefunden hat. Bereits gestern Abend hatte sich eine größere geladene Gesellschaft in dem neuen Lokal eingefunden, um die zum Ausschank gelangenden Biere der Gregory'schen Brauerei einer Probe zu unterziehen, es sind das ein dunkles „Hofbräu“, ferner ein nach Pilsener Art und ein nach Art des Porter eingebrautes Bier, von denen besonders das gehaltvolle und doch „süffige“ Hofbräu bald viele Freunde finden dürfte, dasselbe wird in ½ Litergläsern à 20 Pf. verzapft. Daß auch in der Küche ein tüchtiger Chef das Scepter führt, bewiesen die vorzüglichen Speisen und das reiche Büffet.

— In der gestern abgehaltenen ordentlichen General-Versammlung der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank wurde der Abschluß pro 1893 genehmigt, der Direktion und dem Kuratorium Decharge ertheilt und die sofort zahlbare Dividende auf 6 Prozent festgesetzt. Daneben werden dem Spezial-Reservefonds 63 394 Mark und dem Beamten-Pensions- und Unterstützungsfonds 50 000 Mark überwiesen. Die Bilanz pro 1893 befindet sich im Inseratentheile der morgigen Nummer. Die turnusgemäß ausscheidenden Mitglieder des Kuratoriums, die Herren Geheimrath Linde und Chefredakteur Christians, wurden wieder gewählt und endlich die Erhöhung des Aktienkapitals bis auf 9 Millionen Mark, zur Ausgabe sobald und soweit die Geschäftsausdehnung es erforderlich macht, genehmigt.

Kunst und Literatur.

Adrian Balbi's Allgemeine Erdbeschreibung. Ein Handbuch des geographischen Wissens für die Bedürfnisse aller Gebildeten. Achte Auflage. Vollkommen neu bearbeitet von Dr. Franz Heiderich. Mit 900 Illustrationen, vielen Textkärtchen und 25 Kartenbeilagen auf 41 Kartenseiten. Drei Bände. In 50 Lieferungen à 75 Pf. zu beziehen. Bisher 45 Lieferungen ausgegeben. (A. Hartleben's Verlag in Wien.)

Von diesem trefflichen Werke, welches wir bereits unsern Lesern angezeigt und auf das wärmste empfohlen haben, liegen nunmehr 45 Lieferungen vor. Die letzten Lieferungen, 41—45, behandeln die drei südeuropäischen Halbinseln: die Balkan-, die Apenninen- und die Pyrenäen-Halbinsel. Der Verfasser führt uns in großen Zügen den geologisch-orographischen Aufbau dieser Gebiete vor und schildert in fesselnder, durch reiches statistisches Material belegter Darstellung Land und Leute. Da wir uns auf dem Boden uralter Kulturstätten bewegen, nimmt er auch oft Gelegenheit, werthvolle historische Reminiscenzen einzuflechten. Die artistische Ausstattung des Werkes ist eine vorzügliche. Zahlreiche, nach Photographien angefertigte Illustrationen, sowie Textkärtchen und besondere in mehrfachem Farbendruck ausgeführte Kartenbeilagen unterstützen und beleben die Lektüre. Wir wünschen dem Werke, an welches Verleger wie Autor ihr Bestes gesetzt, die weiteste Verbreitung. [13]

„Die Romanwelt“ (Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung Nachfolger in Stuttgart) bietet ihren Lesern eine überraschende Fülle der interessantesten Romane und Novellen. Es erscheinen jetzt gleichzeitig in derselben die neuesten Romane von Spielhagen: „Stumme des Himmels“, von Sudermann: „Es war“, von Wildenbruch: „Schwester-Seele“, sowie in vorzüglicher Uebersetzung Jules Lemaitres sensationeller Roman: „Die Könige“ neben verschiedenen kleineren Novellen ꝛc. Dabei haben die stattlichen, alle acht Tage erscheinenden Hefte den erstaunlich billigen Preis von 25 Pfennig. „Die Romanwelt“ kann sowohl durch die Buchhandlungen als durch die Post bezogen werden. [11]

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 1. März. Aus Liebesgram hat sich gestern früh auf dem Hausboden des elterlichen Wohnhauses in der Chausseestraße der vierzehnjährige Tertianer Ewald M. zu erhängen versucht. Derselbe hatte in der Tanzstunde mit der höheren Tochterschülerin Milly F. „angebandelt“, und als die beiderseitigen Eltern davon erfuhren, mußten die Liebenden väterliche Züchtigungen über sich ergehen lassen. Das hat sich Ewald M. derart zu Herzen genommen, daß er sich aufknüpfte; er wurde aber von seinem Vater glücklicherweise noch rechtzeitig losgeschnitten und ins Leben zurückgerufen.

Paris, 28. Februar. Der Assisenhof des Norddepartements verurtheilte gestern einen Schlächter Namens Nieuwenhoven zum Tode, weil er am 7. Dezember seine Frau und seine beiden Kinder ermordet hatte.

— (In der Menagerie.) Der kleine Hans (vor dem Elefanten): „Papa, ist dies das Thier, welches die Billardkugeln legt?“

— (Verschnappt.) „Du weißt, lieber Emil . . .“ — „Emil? Du willst wohl sagen: Karl?“ — „Gott, wie dumm von mir; ich dachte, es wäre heute Mittwoch!“

— (Logik.) Richter: „Wie beweisen Sie denn, daß Sie betrunken waren, als Sie den Mann anfielen?“ — Angeklagter: „Na, wie würde ichs denn sonst gethan haben? Er war ja noch einmal so groß als ich!“

Börsen-Berichte.

Stettin, 1. März.

Wetter: Veränderlich. Temperatur + 5 Grad Reaumur. Barometer 770 Millimeter. Wind: WNW.

Weizen unv., per 1000 Kilogramm loko 133,00—137,00, per April-Mai 138,50 B. u. G., per Juni-Juli 142,00 B. u. G.

Roggen unv., per 1000 Kilogramm loko 114,00—117,50, per April-Mai 120,50 B., 120,00 G., per Juni-Juli 123,50 B., 123,00 G.

Gerste per 1000 Kilogramm loko 140,00 bis 160,00.

Hafer per 1000 Kilogramm loko 135,00 bis 144,00, feinster über Notiz.

Rüböl ohne Handel.

Spiritus matter, per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 29,8 bez., per März 70er 29,7 nom., per April-Mai 70er 30,5 nom., per Mai-Juni 70er 30,8 nom., per August-September 70er 32,3 nom.

Petroleum ohne Handel.

Angemeldet: Nichts.

Regulirungspreise Weizen —,—, Roggen —,—, 70er Spiritus 29,7.

Berlin, 1. März.

Weizen per Mai 142,50 bis 143,00 Mark, per Juli 144,75 Mark, per September 1894 146,75 Mark.

Roggen per Mai 124,25 bis 124,75 Mark, per Juli 1894 126,00 Mark, per September 129,00 Mark.

Rüböl per April-Mai 44,20 Mark, per Oktober 44,90 Mark.

Spiritus loko 70er 31,20 Mark, per April 70er 36,00 Mark, per Juli 70er 37,00 Mark, per September 1894 70er 37,60 Mark.

Hafer per Mai 133,00 per Juni 1894 132,75 Mark.

Mais per Mai 105,00 Mark, per Juni 1894 105,00 Mark.

Petroleum per März 18,60 Mark.

Berlin, 1. März. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	10 ,75	London kurz	204,45
do. do 3½%	101,75	London lang	20 38
Deutsche Reichsanl. 3%	87,20	Amsterdam kurz	169 45
Pomm. Pfandbriefe 3½%	98 75	Paris kurz	81 30
do Landescred.-B. 3½%	97,70	Belgien kurz	81 20
Centrallandsch. Pfdbr. 3½%	98 80	Berliner Dampfmühlen	129,75
do. 3%	86,70	Neue Dampfer-Compagnie (Stettin)	91,75
Italienische Rente	74.40	Stett. Chamotte-Fabrik Didier	202 50
do. 3% Eisenb.-Oblig.	47,70	„Union“, Fabrik chem. Produkte	125,50
Ungar. Goldrente	96,40	4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	102,75
Rumän. 1881er amort. Rente	96,90	Anatol. 5% gar.-Esd Pr.-Obl.	59,90
Serbische 5% Tab.-Rente	64,80	**Ultimo-Kourse:**	
Griech. 5% Goldr. v. 1890	27,50	Disconto-Commandit	193,90
Griechische 4% Goldrente	24 10	Berliner Handels-Gesellsch.	137,00
Russ. Boden-Credit 4½%	104,25	Oesterr. Credit	227,10
do. do von 1880	99 90	Dynamite Trust	135 30
Mexika. 6% Goldrente	59,30	Bochumer Gußstahlfabrik	134,60
Oesterr. Banknoten	163 80	Laurahütte	123,60
Russ. Banknoten Cassa	220,00	Harpener	138 75
do. do Ultimo	220 00	Hibernia Bergw.-Gesellsch.	128 10
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½%	220,00	Dortm. Union St.-Pr. 6%	63,40
do. (110) 4%	220 00	Ostpreuß. Südbahn	94 50
do. (100) 4%	101,30	Marienburg-Mlawka-bahn	90,00
P. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI. Emission	102,50	Mainzerbahn	117 30
Stett.Bulc.-Act. Littr. B.	93 60	Norddeutscher Lloyd	116 10
Stett. Bulc.-Prioritäten	125,00	Lombarden	47,60
Stett. Maschinenb.-Anst. vorm. Möller u. Holberg St.- m-Akt. à 1000 M.	26,00	Franzosen	——
do. 6% Prioritäten	26,00		
Petersburg kurz	217,20		

Tendenz: fest.

Paris, 28. Februar, Nachmittags. (Schluß-Kourse.) Fest.

		Kours v. 27.
3% amortisirb. Rente	98,97½	99,00
3% Rente	99,32½	98,97½
Italienische 5% Rente	73,75	73 35
3% ungar. Goldrente	95,59	95,31
III. Orient	69,50	69,40
4% Russen de 1889	99 90	99,70
4% unifiz. Egypter	105,50	105,00
4% Spanier äußere Anleihe	63,50	63,37
Convert. Türken	24,25	24,12½
Türkische Loose	109,25	107,30
4% privil. Türk.-Obligationen	481,00	481,00
Franzosen	663,75	660,00
Lombarden	237,50	237,50
Banque ottomane	607,00	607,00
„ de Paris	616,00	612,00
„ d'escompte	—,—	11,00
Credit foncier	981,00	988,00
„ mobilier	80,00	80,00
Meridional-Aktien	517,00	510,00
Rio Tinto-Aktien	368,75	367,50
Suezkanal-Aktien	2735,00	2725,00
Credit Lyonnais	773,00	771,00
B. de France	—,—	—,—
Tabacs Ottom.	433,00	429,00
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M.	122,50	122 7/16
Wechsel auf London kurz	25,15½	25,15½
Cheque auf London	25,17	25,17
Wechsel Amsterdam k.	206,43	206,43
„ Wien k.	199 00	198,75
„ Madrid k.	407,75	407,75
Comptoir d'Escompte, neue	13,62	13,62
Robinson-Aktien	126,87	129,37
Portugiesen	20,50	20,31
3% Russen	84,85	84,70
Privatdiskont	2 3/16	2 1/8

Hamburg, 28. Februar, Nachmittags 3 Uhr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Februar —,—, per März 81,50, per Mai 80,00, per September 76,50, per Dezember 72,25. Schleppend.

Hamburg, 28. Februar, Nachmittags 3 Uhr. Zuckermarkt. (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 Prozent Rendement, neue Usance frei an Bord Hamburg per Februar 12,97½, per März 12,75, per Mai 12,75, per September 12,70. Ruhig.

Bremen, 28. Februar. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Faßzollfrei. Ruhig. Loko 4,85 B. — Baumwolle fester.

Amsterdam, 28. Februar, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen auf Termine träge, per März 144,00, per Mai 146,00. Roggen loko geschäftslos, do. auf Termine träge, per März 104,00, per Mai 105,00, per Juli 107,00, per Oktober 111,00. Rüböl loko 23,50, per Mai 22,00, per Herbst 22,12.

Amsterdam, 28. Februar. Java-Kaffee good ordinary 52,00.

Amsterdam, 28. Februar. Bancazinn 42,75.

Antwerpen, 28. Februar, Nachmittags 2 Uhr 15 Minuten. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 12,12 bez., 12,25 B., per Februar 12,25 B., per März-April 12,25 B., per September-Dezember 12,50 B. — Fest.

Paris, 28. Februar, Nachm. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen beh., per Februar 20,10, per März 20,30, per März-Juni 20,60, per Mai-August 21,10. Roggen ruhig, per Februar 15,00, per Mai-August 14,60. Mehl beh., per Februar 42,00, per März 42,60, per März-Juni 43,30, per Mai-August 44,30. Rüböl beh., per Februar 59,00, per März 59,25, per März-Juni 57,50, per Mai-August 55,00. Spiritus fest, per Februar 36,50, per März 36,75, per März-April 36,75, per Mai-August 37,25. — Wetter: Bedeckt.

Morgen kein Produktenmarkt.

Paris, 28. Februar, Nachmittags. Rohzucker (Schlußbericht) beh., 88% loko 35,25 bis —,—. Weißer Zucker träge, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Februar 37,50, per März 37,62½, per März-Juni 37,75, per Mai-August 37,87½.

Morgen kein Zuckermarkt.

Havre, 28. Februar, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee good average Santos per Februar —,—, per März 101,00, per Mai 99,00, per September 94,25. Ruhig.

London, 28. Februar. Kupfer, Chili bars good ordinary brands 41 Lstr. — Sh. — d. Zinn (Straits) 66 Lstr. — Sh. — d. Zink 15 Lstr. 15 Sh. — d. Blei 9 Lstr. 7 Sh. 6 d. Roheisen. Mixed numbers warrants 43 Sh. 1 P.

London, 28. Februar. An der Küste 1 Weizenladung angeboten. — Wetter: Staubregen.

London 28. Februar. 96prozent. Javazucker loko 15,75, ruhig. Rübenrohzucker loko 12,77, ruhig. Centrifugal-Cuba —,—.

London, 28. Februar. Chili-Kupfer $40^{15}/_{16}$, per drei Monat 41,37.

London, 28. Februar, 4 Uhr 20 Minuten. Nachm. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Sämmtliches Getreide geschäftslos, seit Anfang unverändert, nur für russischen Hafer eher besserer Begehr zu ¼ Sh. höher.

Fremde Zufuhren: Weizen 15 440, Gerste 5160, Hafer 590 Quarters.

Leith, 28. Februar. Getreidemarkt. Markt und Preise unverändert.

Newyork, 28. Februar. (Anfangskourse.) Petroleum. Pipe line certificates per Januar —,—. Weizen per Mai 64,00.

Newyork, 28. Februar. Weizen-Verschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 73 000, do. nach Frankreich 4000, do. nach anderen Häfen des Kontinents 22 000, do. von Kalifornien und Oregon nach Großbritannien 8000, do. nach anderen Häfen des Kontinents — Orts.

Schiffsnachrichten.

— Die österreichische Kaiseryacht „Miramar“, welche in Danzig auf der Schichau'schen Werft adaptirt wurde, wird in den nächsten Tagen die Reise nach Pola antreten. Für den Umbau des Schiffes war die Summe von etwa 700 000 Mark bewilligt worden.

Hamburg, 28. Februar. Neunundzwanzig Schiffbrüchige vom Dampfer „Adolph Woermann“ sind hier eingetroffen.

Wasserstand.

Stettin, 1. März. Im Revier 18 Fuß 2 Zoll = 5,70 Meter.

Telegraphische Depeschen.

Stanislau, 1. März. Nach fünftägiger Verhandlung vor dem Schwurgericht endete der hiesige Sozialistenprozeß mit der Freisprechung sämmtlicher Angeklagten.

Bern, 1. März. Die beiden Kaufleute, welche in Airolo den Streit mit den schweizerischen Offizieren hatten, sind, wie die Untersuchung ergeben, in Augsburg ansässig. Man glaubt übrigens, daß der Zwischenfall eine gütliche Ausgleichung erfahren werde.

Brüssel, 1. März. Wie ein hiesiges Blatt meldet, soll demnächst im Anschluß an die Interpellation des Abgeordneten Jerusalem im preußischen Landtage bezüglich des Baues einer Eisenbahn von Malmedy nach St. Vielsalm auch in der belgischen Kammer eine Interpellation eingebracht und die Regierung über den Grund ihrer Opposition gegen den Bau der beregten Eisenbahn befragt werden.

Paris, 1. März. Ein Beamter des Unterstaatssekretars der Kolonien fand gestern am Eingang zum Bureau eine Konservenbüchse, auf der die Worte standen: Hoch Vaillant! Hoch die Anarchie!

Gestern sind wieder neun Anarchisten verhaftet und deren Papiere beschlagnahmt worden. Bei dem Anarchisten Bernhard sind ebenfalls sehr gravirende Schriftstücke aufgefunden, welche insbesondere die Mitschuld Bernhards an dem Henryschen Attentate ergeben.

Rom, 1. März. Der gestern bereits gemeldete räuberische Ueberfall auf die Gräfin de Agreda und den sie begleitenden Oberlieutenant Kavaliere Morello ruft eine ungeheure Erregung hervor, da der Ueberfall in der allernächsten Nähe der Stadt vorgekommen ist. Oberlieutenant Morello war im Zivilanzuge und trug deshalb keine Waffen bei sich. Die Räuber hatten beide Wagenpferde getödtet und die Gräfin sowie ihr Begleiter waren daher gezwungen zu Fuß nach Rom zurückzukehren.

Madrid, 1. März. Marschall Martinez Campos hatte in den letzten Tagen mehrere Konferenzen mit dem Sultan von Marokko. Wie es heißt, soll der französische Leibarzt des Sultans demselben den Rath ertheilt haben, die von Spanien geforderte Entschädigung zu verweigern. Man ist auch in spanischpolitischen Kreisen der Ansicht, daß es den Intensionen Italiens nicht entsprechen würde, wenn der Einfluß Spaniens in Marokko an Ausdehnung gewinnen würde.

London, 1. März. Ein Polizeibeamter fand gestern vor der Thür des Bankhauses Moore und Robinson ein Kästchen, welches ein Uhrwerk, eine flüssige Masse und eine Menge Eisenstücke enthielt.

London, 1. März. Offiziös wird gemeldet, daß Gladstone erst nach einigen Monaten seine Entlassung einreichen werde. Einstweilen werde er den Titel eines Premier-Ministers beibehalten. Lord Roseberry soll die Geschäfte weiterführen.

Sofia, 1. März. Die Regierung erhob bei der Pforte einen Protest gegen die Schließung der bulgarischen Schulen in Macedonien. Die Zeitungen besprechen die Angelegenheit in außerordentlich heftigem Ton. Sie fordern Repressalien, vor Allem die Schließung aller türkischen Schulen in Bulgarien, die Entlassung der mohamedanischen Beamten und die Organisation einer Volksbewegung in Macedonien im Bunde mit den Albanesen.

Newyork, 1. März. Nach den letzten Nachrichten aus Brasilien ist das Ende der dortigen Revolution nahe bevorstehend. Einerseits aus dem Grunde, weil die Insurgenten die drei Kriegsschiffe „Jupiter“, „Merkur“ und „Venus“ verloren haben, andererseits aber auch, weil für die nächste Präsidentenwahl zwei Zivilkandidaten vorgeschlagen sind und daher der Grund der Revolution, welcher sich gegen den Präsidenten Peixoto wegen seiner Eigenschaft als General richtete, hinfällig wird. Man wollte eben keine Militärperson als Präsidenten haben.